

## Rechts dekonstruieren

### Die Neue Rechte und ihr widersprüchliches Verhältnis zur Postmoderne

Die postmoderne Theorie scheint mit ihrer radikalen Dekonstruktion von ideellen Letztbegründungen der naheliegende Kontrahent des rechten Denkens zu sein. Halten rechte Denktraditionen unterschiedlichster Provenienz doch an der Auffassung fest, dass Volk, Nation und Kultur organisch gewachsene soziale Substanzen sind, deren Homogenität um jeden Preis gegen ein feindliches Äußeres zu verteidigen ist. Die theoretische Grenzziehung bekommt unter der politischen Situation, in der wir uns momentan befinden, jedoch Risse. Die antihegemoniale Stimme, die der liberalen Gesellschaft ihre repressiven Machtstrukturen vorführt, kommt derzeit nicht mehr ausschließlich von links, sondern auch von rechts.

Laut wurden in diesem Zusammenhang Bekundungen der Neuen Rechten zur geistigen Blutsbrüderschaft mit der Postmoderne: »Just diejenigen, die die postmoderne Wahrheitsvernichtung am meisten kritisieren, nämlich wir Rechten, profitieren am meisten von ihr. Denn ohne die riesige skeptische Bresche, die uns die Postmoderne geschlagen hat, wäre der Zweifel an der linken Utopie, an der Wahrheitsfähigkeit der Medien und am Universalismus der Menschenrechte undenkbar«,<sup>1</sup> stellt Caroline Sommerfeld in der von Götz Kubitschek und anderen herausgegebenen neurechten Zeitschrift *Sezession* fest. Und Martin Sellner, führender Kopf der österreichischen Identitären Bewegung, geht gar einen Schritt weiter, wenn er herausfordernd fragt: »War die Postmoderne eine ›identitäre, neurechte Wende‹?«<sup>2</sup> Was steht hinter dieser rechten Demonstration geistiger Verbundenheit? Ist es bloß eine politische Instrumentalisierung? Die Lust an der Provokation, also eine radikale, aber letztlich leere Pose? Oder besteht zwischen postmoderner und rechter Theoriebildung eine unheilvolle Wahlverwandtschaft?

Diese Fragen sind nicht neu. Jürgen Habermas bezeichnete in seiner Rede zur Verleihung des Adorno-Preises der Stadt Frankfurt am Main im Jahr 1980 die französischen Autoren Georges Bataille, Michel Foucault und Jacques Derrida als »Jungkonservative«,<sup>3</sup> da sie in modernistischem Gewand antimoderne Positionen formulieren würden. Politisch anrühlich wurde das kritische Projekt des Poststrukturalismus dann schließlich, als Ende der 1980er Jahre Paul de Mans Zeitungsartikel entdeckt wurden, die er als junger Mann in von Nationalsozialisten kontrollierten Zeitungen im besetzten Belgien verfasste. Der akademischen Debatte, die

1 Sommerfeld 2017, S. 24.

2 Sellner 2019.

3 Habermas 1990, S. 52.

sich am »grand master of US deconstruction«<sup>4</sup> entfachte, lag schnell eine allgemeine Skepsis zugrunde: Thronte hinter der postmodernen Theorie etwa ein rechtes transzendentes Signifikat, das ihr hintergründig einen Sinn zuschrieb?<sup>5</sup> Dem Denken, das die großen Metaerzählungen der Moderne dekonstruieren wollte, wurde ein politisch verdächtiger Bodensatz unterstellt.

Nun wirft die Neue Rechte diese alten Vorbehalte wieder auf, indem sie sich munter aus dem begrifflichen Werkzeugkasten der Postmoderne bedient und die poststrukturalistische Linke damit in Erklärungsnöte bringt – man denke nur an die semantischen Neujustierungen, die Begriffe wie Kultur und Differenz in der politischen Öffentlichkeit erfahren haben. Ethnopluralisten okkupieren den kritischen Begriffsapparat, um die völkische Homogenität von Gesellschaften im unverdächtigen Gewand formulieren zu können. Statt von Rasse sprechen sie von Kultur, statt von Reinhaltung von Differenz. Um die politische Umkehrung postmoderner Kritikmuster verständlich zu machen, verweist der Literaturwissenschaftler Albrecht Koschorke auf die letztlich materialistische Einsicht, dass eine theoretische Gesellschaftskritik immer nur vor dem Hintergrund der politischen Verhältnisse, auf deren Grundlage sie entstanden ist, verständlich gemacht werden kann. Das Denken von Diversität und Differenz entfaltete seinen kritischen Gehalt unter der historischen Prämisse einer »hohen Stabilität der unmittelbaren politischen Rahmenbedingungen«.<sup>6</sup> Erodieren die Institutionen des Liberalismus, wird auch der postmodernen Theorie das Fundament entzogen, auf der ihre Kritik ein emanzipatorisches Potenzial entfaltete.

So unmittelbar evident die historische Kontextualisierung ist, sie erklärt nicht das genealogische Phantasma rechten Denkens, das voll von Anspielungen auf die postmoderne Denktradition ist. Die Imagination einer inneren Verbundenheit vom Ursprung her reicht bis in die Konstruktion eines rechten 1968.<sup>7</sup> Alain de Benoist begründete die theoretische Fundierung der Nouvelle Droite in *Vu de Droite* (1983) auf der metaphysischen Einsicht, dass die Welt von Grund auf different sei. Guillaume Faye, der neben Benoist als geistiger Vordenker der französischen Neuen Rechten gilt, sieht sich in der Tradition von Lefebvre, Deleuze und Debord. Und der Basler Armin Mohler, der in seiner auflagenstarken Dissertation *Die Konservative Revolution* einen substantiellen Beitrag zur neurechten Mythenbildung leistete, berief sich in den 1980er Jahren in der rechtskonservativen Zeitschrift *Criticón* ebenfalls positiv auf das postmoderne Denken.

Die Beispiele ließen sich fortsetzen. An ihnen zeigt sich, dass der Begriff der Postmoderne mehr ein semantisch umkämpftes Konfliktfeld denn ein klar umrissenes theoretisches Programm ist. Das genealogische Unternehmen, den Begriff auf einen Ursprung zurückzuführen, muss unweigerlich scheitern, wie Wolfgang

4 Eagleton 2008, S. 196.

5 Derrida kritisierte den von Ferdinand de Saussure geprägten strukturalistischen Zeichen-Begriff, indem er ihm einen »transzendentalen Signifikat« zuschrieb, der dem Zeichen zuverlässig Bedeutung verleiht (vgl. Derrida 1988).

6 Koschorke 2018, S. 112.

7 Vgl. Wagner 2017; Weiß 2017.

Welsch in seiner Rekonstruktion früher Verwendungsweisen vorführt.<sup>8</sup> Der Begriff der Postmoderne avancierte spätestens seit den 1980er Jahren zu einem inflationär benutzten wie leeren Modewort, das Gegenstand scharf geführter Polemiken wurde. Auch heute gilt noch: Wer global von *der* Postmoderne spricht, sagt mehr über sich als über seinen Gegenstand aus. Nicht selten ist die Postmoderne ein imaginierter Gegner, auf den all der geistige Ballast projiziert wird, von dem man sich abgrenzen möchte. Die strukturelle Vagheit des Begriffs ermöglicht wie die Disparatheit der theoretischen Bezüge höchst unterschiedliche semantische Aufladungen. Auch Autor\*innen, die der Postmoderne gemeinhin zugeordnet werden, wie etwa die poststrukturalistischen Theoretiker Foucault, Derrida oder Gilles Deleuze, bedienen sich nicht des »Etiketts«<sup>9</sup> postmodernen Denkens.

Da sich der Diskurs um die postmoderne *conditio humana* vor allem dann usurpieren lässt, wenn die begriffliche Bestimmung negativ bleibt, soll vorab zumindest ein Aspekt festgehalten werden, der verschiedene postmoderne Betrachtungsweisen eint: Die Postmoderne ist sowohl Bruch mit der Moderne als auch deren Fortsetzung mit neuen Mitteln, wie Peter V. Zima betont.<sup>10</sup> Egal ob in der Literatur, Architektur, Kunst, Soziologie oder Philosophie – die Postmoderne beginnt dort, wo das Ganze aufgekündigt wird. Sie wendet die Risse, die den modernen Totalitätskonzeptionen inhärent waren, in ein positives Signum. Dies eint sie mit poststrukturalistischen Ansätzen, die feste Bedeutungszuschreibungen von sprachlichen Zeichen, Ursprungsgenealogien moderner Subjektivierungsformen oder systemisches Denken von Sozialität radikal in Zweifel ziehen. Was in der Moderne als latenter Störfall schlummerte, die ungebundene Vielfalt, wird eine positive Herausforderung: »Ein forcierter Pluralismus [...] macht den Kern der postmodernen Phänomene und Bestrebungen aus«, fasst Welsch zusammen.<sup>11</sup> Die Postmoderne ist also weder ein Epochenbegriff noch eine homogene Theorietradition, sie ist eine spezifische Problematisierungsweise der Gegenwart, die spezielle Fragen stellt, ohne dabei eine einheitliche Antwort zu geben.<sup>12</sup>

Um zu verstehen, was hinter der gesponnenen Verwandtschaftsbeziehung der Neuen Rechten zur Postmoderne steht, kommt man also nicht umhin, die theoretische Narration der Neuen Rechten auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen – und zwar indem man sie mit der postmodernen Referenz, auf die sie sich beziehen, konfrontiert. Sichtbar wird so nicht nur, welche Lektüre sie anwenden, wo etwa Lücken, wo Einsätze bestehen, sondern es besteht auch die Möglichkeit, das eigene Verständnis von kritischer Theoriebildung zu schärfen. Oder mit anderen

<sup>8</sup> Welsch 2008, S. 12 ff.

<sup>9</sup> Ebd., S. 38.

<sup>10</sup> Vgl. Zima 1997, S. 36.

<sup>11</sup> Welsch 2008, S. 40.

<sup>12</sup> Vgl. Zima 1997, S. 38. In der Art und Weise, Fragen an die Konstitutionsbedingungen von Gesellschaft zu stellen, kann man poststrukturalistische Ansätze unter die Postmoderne subsumieren, ohne eine Deckungsgleichheit der ideengeschichtlichen Theorietraditionen behaupten zu müssen. Manfred Frank hat darum den Poststrukturalismus als »Denken unter Bedingungen der Nachmoderne« (Frank 1983, S. 29) bezeichnet.

Worten: Wir müssen den rechten Diskurs über die Dekonstruktion dekonstruieren.

## 1. Das Unbehagen an der Moderne

In ihren zivilisationskritischen Klagen über die destruktiven Nebenfolgen der Moderne, ja, die Erfahrung einer die kulturelle Substanz erodierenden Entfremdung, rufen die Autor\*innen der Neuen Rechten den Zweifel auf, den auch postmoderne Theorien gegenüber universalistischen Wahrheitsdiskursen formulieren. Der Identitäre Martin Sellner schreibt:

»Ich verstehe die Postmoderne als eine Epoche der Destabilisierung, Verflüssigung und des radikalen Zweifels. Zweifel woran? Die Postmoderne richtet sich in der Tradition der Aufklärung gegen diese selbst. Sie bezweifelt die autonome Stellung des Subjekts, die Dominanz des Bewußtseins und des rationalen Denkens, die Hegemonie einer szientistischen Welterklärung, das Bestehen einer einheitlichen Metaerzählung und damit einer konvergenten linearen Weltgeschichte. Kurz gesagt: die Postmoderne ist antiuniversalistisch.«<sup>13</sup>

Es ist die unerbittliche Geste der Umwertung aller Werte, jener »skeptischen Breusche« des postmodernen Denkens, von der auch Sommerfeld spricht, mit der sich die Autor\*innen identifizieren.

In dieser Hinsicht ist die Neue Rechte *post-modern*, sie will über die Moderne hinausgehen, indem sie diese in ihren epistemologischen wie normativen Fundamenten kritisiert. Die durch Jean-François Lyotard populär gewordene Definition der Postmoderne als dem Ende der »Meta-Erzählungen«<sup>14</sup> wird von der Neuen Rechten aufgerufen, um die modernen Grundideen, die alle Wissensformen, Institutionen und Praktiken teleologisch auf ein Ziel hin ausrichteten, einem immanenten Totalitarismus zu überführen. Die Volte, die Lyotard für eine heterogene Pluralität vielfältiger Sprachspiele, Wissensformen und Lebenspraktiken schlägt, bleibt in der rechten Rezeption jedoch ungehört. Stattdessen wird der Vorrang, den die Moderne übergeordneten Systemen gegenüber seinen partikularen Bestandteilen einräumt, als Machtanordnung entlarvt. »Postmoderne ist: Komplettkritik der abendländischen Metaphysik als Gewaltanordnung«,<sup>15</sup> fasst Sommerfeld zusammen. Das Denken von Totalität wird von den rechten Autor\*innen vor allem dann seines repressiven Gehalts vorgeführt, wenn es in der Tradition der Aufklärung steht.

Damit schreiben sich die rechten Autor\*innen in eine poststrukturalistische Gesellschaftskritik ein, die das Narrativ der Moderne mit seinen immanenten Macht- und Regulierungsprozeduren konfrontiert. Foucault war es, der die hinter dem emanzipatorischen Diskurs der Aufklärung liegenden Disziplinierungen und Prozeduren der Normalisierung offenlegte.<sup>16</sup> In seinem Text »Was ist Aufklä-

13 Sellner 2019.

14 Lyotard 2012 [1979].

15 Sommerfeld 2017, S. 24.

16 Zur Gesellschaftskritik Foucaults vgl. Reckwitz 2008.

nung?» rekonstruiert er eine historische Ontologie der Ereignisse, »die uns dazu geführt haben, uns als Subjekte dessen, was wir tun, denken und sagen, zu konstituieren und anzuerkennen«. <sup>17</sup> Das Verständnis von Wahrheit, die Beziehung zur Sexualität, das Verhältnis zur Autorität oder die Art und Weise, wie eine Gesellschaft abweichendes Verhalten reguliert – also all jene Diskurse und Praktiken, die unser Sein und Denken bestimmen, werden bei Foucault als Effekte von Regulierungsprozeduren entkleidet.

Die Moderne organisierte nicht nur das Verständnis von Sozialität und Subjektivität auf eine neue Weise, sie legte dadurch auch fest und verschloss damit einen Horizont möglicher Alternativen. Diese Methode der Kritik bezeichnete Foucault als archäologisch, insofern sie die unterschiedlichen historischen Problematisierungsweisen, sich selbst, ihre Beziehung zu anderen oder Dinge betreffend, in ihren Machtkonfigurationen identifiziert. Seine Absicht war es nicht, aus der Kritik eine neue, letztlich transzendente Form des Seins abzuleiten, sondern die Kontingenz des Sozialisationsprozesses aufzuzeigen, um so alternative Gestaltungsmöglichkeiten aufzufinden. Der moderne Rationalisierungsprozess wird seiner historischen Notwendigkeit entkleidet, indem seine Machtimplikationen mithilfe einer von Nietzsche inspirierten Genealogie vorgeführt werden. Dabei ging es Foucault weder darum, sich »für-oder-gegen-die-Aufklärung« <sup>18</sup> zu positionieren, noch darum, das normative Fundament des Humanismus mit der historischen Konfiguration der Aufklärung zu vermischen.

Betrachtet man vor diesem Hintergrund nun nochmals die Lektüren der Neuen Rechten, stellt man fest, dass sie die postmoderne Problematisierung der Moderne unter folgenden Prämissen neu beschreiben: Erstens sei die Moderne ein historischer Prozess, der auf Ausschluss und Unterwerfung beruhe (die Rede von der Moderne als »Gewaltanordnung« <sup>19</sup>); zweitens seien moderne Macht- und Herrschaftstechniken vor allem durch normative Prinzipien getragen (Sellner spricht hier von einem »Imperialismus der Vernunft« <sup>20</sup>); und drittens leiten sie daraus das Verdienst postmoderner Theorien ab, die Vergänglichkeit moderner Ordnungsstrukturen sichtbar gemacht zu haben (die Postmoderne als Epoche der »Destabilisierung« <sup>21</sup>). Während das Gros postmoderner Theorien die Instabilität, Brüchigkeit und Hybridität zu einem entscheidenden Merkmal von Sozialität erhebt, folgern die Autor\*innen der Neuen Rechten daraus Gegenteiliges: Die postmoderne Skepsis gegenüber der Moderne hat, wie Sommerfeld schreibt, unfreiwillig »metaphysische Substantialisten ausgespuckt« <sup>22</sup> und so dem Ausgeschlossenen zu seinem Recht verholfen.

17 Foucault 1990, S. 49.

18 Ebd., S. 48.

19 Sommerfeld 2017, S. 24.

20 Sellner 2019.

21 Ebd.

22 Sommerfeld 2017, S. 26.

Die Neue Rechte kritisiert also im Gegensatz zu postmodernen Denktraditionen die Moderne mitsamt ihren normativen Prinzipien, um ihr zu entkommen. Der radikale Zweifel, den sie vom Poststrukturalismus übernimmt, ist ein Impuls zur antagonistischen Positionierung – aber gegen die Moderne, um eine autoritäre Alternative formulieren zu können. Das rechte Denken begeht damit jedoch genau jene Fehlschlüsse, vor denen Foucault warnte: Es identifiziert die Postmoderne als Negation der Moderne und setzt die historische Konfiguration der Moderne mit einem homogen imaginierten Normenapparat des Universalismus gleich. Die Identifikation der destruktiven Nebenfolgen gesellschaftlicher Dynamiken mit einem sie begründenden normativen Fundament ermöglicht es, mit der Abschaffung der repressiv gezeichneten Gesellschaftsformation auch einen nihilistischen Antihumanismus einzufordern. Statt Aufklärung betreiben sie Gegenauflärung.

Kurzum: In den rechten Bekenntnissen zur Postmoderne ist weniger die poststrukturalistische Theorietradition, sondern eine – letztlich konservative – politische Haltung der Gegenmoderne eingeschrieben. Als Gegenentwurf will sie die falsche Modernität in ihren immanenten Verwerfungen überwinden. Wenn Nils Wegner in der *Sezession* seine Notizen zur »postmodernen Rechten« mit der metaphorischen Umschreibung schließt, dass das postmoderne Denken »den nötigen Schwung [verleihe], um Türen hinter sich zuzuschlagen und neue aufzureißen«,<sup>23</sup> kann man den Wunsch nach geistiger Erneuerung spüren. Es ist die postmoderne Kritikform, die der Neuen Rechten die radikale Verve verleiht, um imaginierte gesellschaftliche Auflösungserscheinungen zu überwinden. Gegen die moderne Ratio habe die Postmoderne, so Sellner, die vorrationalen Bedingungen von »Körperlichkeit, Sprache, Emotion, Herkunft und Geschichte«<sup>24</sup> stark gemacht. Das performative Element der Machtbeziehungen, das poststrukturalistische Theorien sichtbar gemacht haben, wird hier mit einer vitalistischen Rehabilitierung von Affekten gleichgesetzt, und die postmoderne Akzentuierung auf das Geworden-Sein historischer Gebilde wird mit einem organischen Gemeinschaftsmythos von Herkunft und Geschichte identifiziert.

Das Prinzip der Lektüre sollte an diesem Beispiel deutlich geworden sein. Indem die Neue Rechte das postmoderne Denken pauschal als Gegenmoderne liest, überträgt sie auf dieses eine dichotome Grundstruktur, die statt postmoderne eher konservative Motive aufruft: Der begrifflichen Analyse wird die bildhafte Anschauung gegenübergestellt, der rationalen Kalkulation das organische Werden, der abstrakten Gleichförmigkeit die vielfältige Mannigfaltigkeit, dem Abstrakten das Besondere etc.<sup>25</sup> Es scheint, die Autor\*innen der Neuen Rechten haben Habermas' Urteil beim Wort genommen: Sie lesen die Poststrukturalisten als Jungkonservative. Damit befindet sich das rechte Denken allerdings in einem Dilemma, aus dem schon der Konservatismus keinen Ausweg fand: In seiner

23 Wegner 2019, 17.

24 Sellner 2019.

25 Vgl. Lenk 1989, S. 25.

Opposition gegen die Moderne demonstriert es seine Abhängigkeit von ihr.<sup>26</sup> Die eigene Position wird immer erst aus ihrem Gegensatz heraus sichtbar, sodass sie in ihrer Lossagung von der Moderne gleichzeitig mit ihr verwoben ist.

## 2. Postpolitik und das Ende der Politik

Die vollständige Erfüllung moderner Prinzipien – Fortschrittsdenken, Rationalisierung und Naturbeherrschung – generiert auf der Ebene der politischen Ordnung, so die einhellige Ansicht der Neuen Rechten, eine neue Form postpolitischen Regierens, das die Bürger durch technokratische Kontrolle verwaltet. Der »postmoderne Zustand« zeichnet sich, so Wegner in der *Sezession*, durch den »Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft«<sup>27</sup> aus. Implizit zitiert er hier die These Daniel Bells, dass die nachindustrielle Gesellschaft durch die »zentrale Stellung des theoretischen Wissens und das zunehmende Übergewicht der Dienstleistungsgesellschaft über die produzierende Wirtschaft« gekennzeichnet sei.<sup>28</sup> Das nachindustrielle Zeitalter könne mit neuen »intellektuellen Technologien« zur Planung und Kontrolle komplexer Systeme wie kaum eine andere gesellschaftliche Epoche zuvor den neuzeitlichen »Traum von der Ordnung der Massengesellschaft« erfüllen.<sup>29</sup>

Benedikt Kaiser, Autor und Lektor des von Götz Kubitschek geführten Antaios-Verlags, knüpft in derselben Ausgabe der Zeitschrift in seinem Beitrag »Postpolitik – Liberaler Konsens, politischer Tod« an diese Diagnose an und erweitert sie um die poststrukturalistische Kritik an der postpolitischen Regierungsform, wie sie im Wesentlichen von »Mouffe, Laclau oder Žižek« formuliert worden sei:

»[Eine] vorgeblich ideologiefreie Mitte [...] vertritt den prototypischen Konsens des Postpolitischen. Ihr ›There is no alternative‹ (TINA) präsentiert das Vorgehen des Establishments als ›alternativlos‹. [...] Wirtschaftliche Transnationalisierung und westliche Demokratieverständnisse werden durch das Kapital und seine Sachverwalter in Politik und Medien als nicht beeinflussbarer Naturprozess deklariert. TINA meint: Es gibt keine Alternative zum großen Ganzen.«<sup>30</sup>

Kaiser, der für seine rechte Re-Lektüre linker Theorien bekannt ist, greift hier auf eine Argumentation in Slavoj Žižeks *Die Tücke des Subjekts*<sup>31</sup> zurück, der im postmodernen Ende der großen Erzählungen von politischen Gesellschaftsentwürfen nicht nur eine epistemologische Zäsur, sondern ebenso einen neuen *Modus Operandi* kapitalistischer Regierungskunst sieht. Im postpolitischen Regieren werden laut Žižek die tradierten ideologischen Unterscheidungen zwischen politischen Fraktionen aufgehoben und durch einen Herrschaftskomplex aus Expertenwissen und freiem Meinungsaustausch ersetzt, der die Bürger durch den Schein der freien

26 Vgl. Greiffenhagen 1986.

27 Wegner 2019, S. 15.

28 Bell 1975, S. 13.

29 Ebd.

30 Kaiser 2019, S. 27.

31 Žižek 2001.

Mitsprache unterwerfe. Dadurch ist die Postpolitik »postideologisch«, sie ersetzt den politischen Konflikt durch eine »Kollaboration von aufgeklärten Technokraten (Ökonomen, Meinungsforschern ...) mit liberalen Multikulturalisten«.<sup>32</sup> Die Politik zielt laut Žižek also nicht mehr auf den politischen Streit, sondern auf eine möglichst effiziente Verwaltung des Kapitalismus, auch über politische Lager hinweg. In dieser neoliberalen Konstellation, die durch das von Margaret Thatcher initiierte TINA-Prinzip auf den Begriff gebracht wurde, werden alternative Gestaltungsentwürfe suspendiert: Politik, so die Schlussfolgerung Žižeks, ist reduziert auf die Kunst des Möglichen.

Seine Konzeption der Postpolitik erinnert an die von Arnold Gehlen geprägte Idee der Posthistoire, auf die auch Kaiser unter Berufung auf den Politikwissenschaftler Michael T. Greven verweist. Die Moderne verewigt sich in eine selbst perpetuierende Gegenwart, soziale Konflikte sind lahmgelegt und politische Ideen obsolet. Damit verabschiedet sich die historische Zeiterfahrung von einem linearen Progress und richtet ihren Blick auf die dauerhafte Statik des globalen Kapitalismus.

An dieser Stelle wird schon ein wenig verständlich, warum einige Vertreter\*innen der Neuen Rechten auf das Theorem der Postpolitik als Instrument gesellschaftlicher Diagnostik zurückgreifen, übt es so laut wie kaum ein anderes eine Kritik am Liberalismus, der seine Fortschrittsversprechen (sozialer Aufstieg, wirtschaftlicher Wohlstand, gesellschaftliche Teilhabe etc.) nicht nur nicht eingelöst habe, sondern sich schon mit der Geste des Versprechens verdächtig mache. Denn hinter dem Versprechen verbirgt sich die paternalistische Kehrseite des Liberalismus, beruht er doch letztlich darauf, dass breite Bevölkerungsschichten nicht an der privilegierten Regierungskunst partizipieren könnten, sondern dies qualifizierten Experten überlassen werden müsse, die das allgemeine Interesse stellvertretend für sie artikulierten.

An diese postpolitische Erzählung des Liberalismus können leicht narrative Spielarten von rechts anknüpfen, bietet sie doch genug Stoff für einen dramatischen Handlungsverlauf. So ist es ein Einfaches, den Protagonisten eine spannungsgeladene Tiefe durch kontrastierende Polarisierung zu verleihen. Und genau dies tut Kaiser in seinem Beitrag für die *Sezession*, indem er die postpolitische Diagnose unter ideeller Schirmherrschaft Žižeks in eine verschwörungstheoretische Elitenkritik überführt:

»TINA-Profiteure sind desgleichen Angehörige einer institutionalisierten, letztlich parasitären supranationalen Bürokratenschicht, deren Netzwerke Hunderte [sic!] Organisationen und Einrichtungen umfassen [...]. Kosmopolitisch gesonnen, aus keinen politisch-demokratischen Prozessen hervorgegangen, aber indirekt oder direkt vom Volk alimentiert und mit zahlreichen Privilegien ausgestattet, haben die Angehörigen dieser neuen Klasse ein explizites Interesse am TINA-Diktum, weil es die eigene materiell und politisch herrschende Lage zementiert.«<sup>33</sup>

32 Ebd., S. 273.

33 Kaiser 2019, S. 27.



Die Argumentation operiert mit gängigen konspirativen Erzählmustern: Die globale Klasse der Bürokraten ist ein abstraktes Netzwerk, das rhizomatisch über nationale Grenzen hinaus wuchert, es ist überall und nirgendwo, geeint in der kosmopolitischen Haltung und dem intentionalen Interesse am Machterhalt.<sup>34</sup> Täterschaft wird demaskiert und Viktimisierung betrieben, um den Raum politischer Gegnerschaft mit affektiv besetzten Figuren auszustatten. Was unterscheidet die hier formulierte rechte Kritik am postpolitischen Regieren nun aber – von der konspirativen Zuspitzung einmal abgesehen – substantiell von den Einwänden, die von der poststrukturalistischen Linken formuliert werden?

### 3. Unterwerfung durch Konsens

Eine Antwort erwächst aus dem, was von einigen Vertreter\*innen der Neuen Rechten als entscheidende Regierungsform der Postpolitik identifiziert wird: die Unterwerfung durch Konsens. Die deliberative Demokratie, also jener auf Konsens und Einvernehmen ausgerichtete Regierungsmodus, sei der »Tod der Politik: Es wird noch beratschlagt, an Nebenwidersprüchen der Diskurs erprobt, aber die existentiellen Fragen sind ausgeklammert; die Verhältnisse werden verwaltet und das Postpolitische tritt auf den Plan«, <sup>35</sup> schreibt Kaiser in der *Sezession*.

Als der rechte Renegat Frank Böckelmann das ehemalige Theorieorgan des poststrukturalistischen Merve-Verlags, die Zeitschrift *Tumult*, im Jahr 2013 als *Vierteljahresschrift für Konsensstörung* neu gründete, formulierte er damit *ex negativo* eine entscheidende rechte Idee des Politischen: den Dissens, der gegen eine linksliberale pluralistische Ordnung stark gemacht wird. Denn das Postpolitische erfährt, so die Argumentation der Neuen Rechten, seine Legitimation durch den konsensualen Einbezug aller Alternativen, die jedoch nur zugelassen werden, solange diese nicht die demokratische Verfassung als solche infrage stellen, wie Böckelmann, hier noch mit seinem Mitherausgeber Horst Ebner, in einem Editorial von *Tumult* polemisch zuspitzt:

»Geduldet wird jede Lebensweise, sofern sie ebenfalls alles duldet. Unduldsame Haltungen verfallen der Diffamierung. Da jedoch jeder Lebensart und Überzeugung etwas Unduldsames, Störrisches innewohnt, ist allem, was weit sichtbar und vernehmlich *dabei* ist, gleichsam bereits der Zahn gezogen worden. Man schwärmt von Vielfalt und Offenheit; doch hat man dabei wohl ein Stelldichein verträglicher Passagiere im Sinn.«<sup>36</sup>

Radikale politische Positionierungen, die eine deliberative Ordnung transzendieren, werden, so die Logik der Herausgeber, entweder in einen exterritorialen Raum verdrängt und so vom politischen Geschehen suspendiert oder aber eingebunden und damit ihres radikalen Gehalts beraubt. Eine auf Kompromiss und Konsens orientierte Politik »vernebelt«, schreibt auch Kaiser in der *Sezession*, »die Essenzen der politischen Sphäre«, nämlich die »agonale, kämpferische Aus-

34 Zu den argumentativen Mustern von Verschwörungstheorien vgl. Butter 2018, S. 57 ff.

35 Kaiser 2019, S. 27.

36 Böckelmann, Ebner 2015, S. 5.

einandersetzung«.<sup>37</sup> Kaiser stützt sich hier auf Carl Schmitts *Begriff des Politischen*<sup>38</sup> und leitet das Wesen des Politischen aus einer konstitutiven Unterscheidung von Freund und Feind ab: »Da kein ›Wir‹ ohne ein ›die Anderen‹ möglich ist; da eine gemeinsame politische Identität nur denkbar ist, wenn sie sich von einer anderen abgrenzen kann; da also der Antagonismus als Freund-Feind-Scheidung den Ausgangspunkt respektive Kern des Politischen umreißt, ist dieses so verstandene Politische a priori Erzfeind des Liberalen.«<sup>39</sup>

Nach dem bisher Gesagten wundert es nicht, dass sich einige Vertreter\*innen der Neuen Rechten, insbesondere aus dem Umkreis der Zeitschrift *Sezession*, zur Plausibilisierung ihrer Konzeption der politischen Sphäre auf Vertreter\*innen der postfundamentalistischen Demokratietheorie stützen, insbesondere auf Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Denn die beiden gehen kurz gesagt davon aus, dass erst der Konflikt das Politische ermöglicht, indem er politische Bedeutung vor dem Hintergrund einer konstitutiven Differenzopposition generiert: »Es gibt kein ›Wir‹ ohne ein ›Sie‹. Das findet man auch bei Carl Schmitt, in seinem Konzept von Politik als Freund-Feind-Beziehung«, fasst Mouffe in einem Interview zusammen, das von Kaiser paraphrasiert wird.<sup>40</sup> Mouffe betont aber gleichzeitig, dass die entscheidende Limitierung im Denken Schmitts die Auffassung sei, dass der politische Antagonismus nur in der relationalen Beziehung von Freund und Feind gedacht werden könne, dass sich politische Entitäten also einzig durch die Zerstörung einer anderen Entität realisieren lassen und in dieser Konzeption auch müssen, da der polare Dualismus ansonsten unweigerlich in einen Bürgerkrieg führe.<sup>41</sup>

Während Laclau und Mouffe die diskursive Strukturierung des Sozialen betonen, in der eine Entität erst im performativen Akt der Abgrenzung von einer anderen konstituiert wird, die agonale Grundstruktur des Politischen für sie also nur *in actu* besteht, greift das rechte Denken nach Schmitt auf präkonstituierte Entitäten zurück, die der politischen Sphäre vorgängig sind. Das von der Neuen Rechten formulierte Politikverständnis setzt unhintergehbare Prinzipien des Politischen voraus, die außerhalb der Politik liegen und diese gleichsam metaphysisch begründen. Während Schmitt den Antagonismus von der (eliminatorischen) Auflösung her denkt, betont die postfundamentalistische Demokratietheorie also die prinzipielle Unauflösbarkeit politischer Konfliktbeziehungen. In dieser Hinsicht bedeutet auch für Mouffe die konsensuale Regierungsform ein Ende der Politik, da es den Dissens aus der politischen Sphäre annulliere und Politik auf diesem Wege in eine technokratische Verwaltung der bestehenden Ordnung überführe. Konsensuale Politik ist für sie also anders als bei Habermas nie frei von Macht, sondern eher eine besondere Form politischer Machtausübung. Indem der Kon-

37 Kaiser 2019, S. 29.

38 Schmitt 2018 [1932].

39 Ebd., S. 26.

40 Mouffe 2015.

41 Vgl. auch Mouffe 1999, S. 4.

sens alle widerstreitenden Positionen in ein auf politisches Einverständnis begründetes einheitliches Ganzes absorbiere, würden nicht-konsensfähige Standpunkte in die politische Peripherie verwiesen: »Alle, die sich diesem ›Konsens der Mitte‹ und dem Dogma, die neoliberale Globalisierung sei alternativlos, entgegenstellen, werden als ›Extremisten‹ gebrandmarkt oder als ›Populisten‹ disqualifiziert.«<sup>42</sup>

Politische Konflikte werden in der Postpolitik nach Mouffe im Modus der Moral ausgetragen, sie bestehen »immer noch in einer Wir-Sie-Unterscheidung, die aber statt in politischen jetzt in moralischen Kategorien definiert wird.«<sup>43</sup> Eine Moralisierung der Politik legt den politischen Konflikt lahm, er hat nicht das Anerkennen unterschiedlicher Positionen, sondern die Delegitimierung des Gegners durch nicht verhandelbare Werte vor Augen. Eine ähnliche Moralkritik formulierte Arnold Gehlen 1969 in *Moral und Hypermoral*, das zu einem Schlüsselwerk rechter Theorietradierung avancieren sollte.<sup>44</sup> Gehlen zieht allerdings eine gänzlich andere Schlussfolgerung als Mouffe: Er betont, dass der von ihm beobachtete Humanitarismus, den er als Hypermoral klassifiziert, nicht zu einer Stilllegung politischer Auseinandersetzungen, sondern gerade zu einer Entfesselung politischer Gegensätze führe, die das Fundament politischer Institutionen gefährde.

Der von Mouffe beobachtete Moralismus, der ja gerade den politischen Konflikt durch die normative Abwertung antagonistischer Positionen verhindert, ist also keinesfalls mit der Hypermoral identisch. Dennoch beruft sich Kaiser auf Mouffe, wenn er die »hypermoralischen Setzungen« kritisiert, durch die »eine der beteiligten Konfliktparteien nicht *politisch* widerlegt, sondern *moralisch* abgestuft wird – man denke an den notorisch gewalttätigen ›Faschisten‹ oder den hetzerischen ›Rechtspopulisten‹.«<sup>45</sup> Auch Sellner attestiert der Linken (die im rechten Diskurs meist hegemonial ist) ein »Narrativ der Schuldmetaphysik«, das seit dem »weißen westlichen Übervater, also Hitler« rechte Positionen nach schematischen Werteprinzipien verurteile.<sup>46</sup> Der Vorwurf, dass rechtes Denken mit affektiv aufgeladenen Begriffen operiert, wird einfach an den politischen Rivalen zurück adressiert, um sich gegen Kritik zu immunisieren.

Die postfundamentalistische Demokratietheorie fungiert mehr als leerer Bedeutungsträger, durch den, nun semantisch neu aufgeladen, eine rechtskonservative Moralkritik artikuliert werden kann, die im Geiste des Nietzscheanischen Nihilismus moralische Prinzipien, insbesondere universalistische und egalitaristische Positionen, als repressive Herrschaftsverhältnisse entlarvt. Gleichheit gilt im rechten Denken immer nur für die Gleichen, die gegen die Fremden verteidigt werden muss. Es ist auch hier mehr die tiefe Skepsis, die einige poststrukturalistische

42 Mouffe 2018, S. 27.

43 Mouffe 2007, S. 11 f.

44 Gehlen 1969.

45 Kaiser 2019, S. 28.

46 Sellner 2019.

Theoretiker als »Nietzsches Erben«<sup>47</sup> gegenüber universalen moralischen Bewertungsmaßstäben formulieren, welche sie attraktiv für semantische Neubesetzungen macht, auch wenn die Absicht eine andere war: Mit der radikalen Moralkritik wollten sie keine Entscheidung zwischen rivalisierenden Ordnungskonzeptionen treffen, sondern Machteffekte offenlegen, die eine nicht reduzierbare Pluralität des Daseins beschnitten.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, wie sich die Neue Rechte auf post-strukturalistische Denktraditionen stützen kann, auch wenn deren soziales *Apriori* konträrer nicht sein könnte: hier eine essentialistische Fundierung des Politischen, dort die permanente Infragestellung politischer Letztbegründungen. Es sind die Instrumente politischer Diagnostik, die eine ideelle Verbundenheit insinuieren, wo grundsätzliche Unterschiede bestehen. Die postfundamentalistische Rede vom »Ende der Politik«, ja einem politischen »Interregnum«,<sup>48</sup> das seit Armin Mohler eher aus dem rechten Begriffsapparat bekannt ist, lässt uns die politische Ordnung als ein in seinen Grundpfeilern schwankendes Gerüst erscheinen, dessen politischer Einsturz nur eine Frage der Zeit ist. Auch das Verständnis von Politik als Kampf, die prinzipiell unaufhebbare polare Unterteilung der politischen Arena in ein Wir und Sie sind ideelle Prämissen, die eine ähnliche Beurteilung sozialer Phänomene nach sich ziehen.

Die Schilderung der Genese, die zum postpolitischen Zustand führt, könnte ebenso wie der vorgeschriebene Ausweg aber unterschiedlicher nicht sein. Politische Verwerfungen beruhen im postfundamentalistischen Denken auf der Grundlosigkeit des Politischen, das wegen seiner inhärenten Konfliktivität und Kontingenz immer nur in einen vorübergehenden Zustand der Stabilität und Ordnung überführt werden kann. Im rechten Denken erscheint der postpolitische Zustand hingegen als permanente Verlusterfahrung geistiger wie kultureller Substanzen. Die metaphysische Grundierung des politischen Seins, Kaiser spricht von einem »authentisch Politischen«,<sup>49</sup> soll im rechten Denken gegen seinen Verfall verteidigt werden, um die Wirklichkeit, ganz in konservativer Tradition, an das zurückzubinden, was schon immer galt.

#### 4. Die Macht der Simulation

Eine andere Spielart vom Ende des Politischen formuliert Jean Baudrillard. Er ging in seinen Schriften der 1970er Jahre davon aus, dass das Reale hinter der Simulation verschwinde. Mit seiner Diagnose, dass in den elektronischen Massenmedien die sprachlichen Zeichen nur noch auf sich selbst verweisen, artikulierte er eine Grundidee der Postmoderne. Im Zuge der Debatten um Postfaktizität entdeckt auch die Neue Rechte Baudrillard neu – war er doch derjenige, der immer wieder betonte, dass das Wahrheitsprinzip durch das der Simulation ersetzt

47 Zima 1997, S. 130.

48 Mouffe 2018, S. 22.

49 Kaiser 2019, S. 31.

wurde. Auch wenn die rechtspopulistische Rhetorik gern als Paradebeispiel für die postfaktische Relativität von Fakt und Fiktion herangezogen wird, formuliert die Neue Rechte eine in der Tradition Baudrillards stehende Medienkritik, die einen Verlust des Realen im selbstreferentiell gewordenen System der Massenmedien beklagt.

Wenn Wegner in der *Sezession* in neuen Medien- und Kommunikationstechnologien ein »neues Verhältnis der Menschen zu Ereignissen überall auf der Welt, zu Fragen der Repräsentation und selbst der Wahrheit als solcher«<sup>50</sup> beobachtet, steht Baudrillard unausgesprochen hinter dem Gedachten. Auch die Autor\*innen von *Tumult* berufen sich gern auf ihren »Autor von erster Stunde«<sup>51</sup> an. Unabhängig von Baudrillards politischer Biografie, die ähnlich wechselhaft ist wie die Geschichte der Zeitschrift, zu dessen Autor\*innenstamm er in den 1980er Jahren gehörte, werden zunächst seine Kerngedanken rekonstruiert, um anschließend die rechte Wiederaufnahme seines Denkens zu analysieren.<sup>52</sup>

Die Macht der Medien entfaltet sich für Baudrillard in einem sinnentleerten Spektakel der Bilder für die Masse, die gefangen sind im Konsum von künstlichen Zeichen. Er führt damit fort, was Guy Debord als *Gesellschaft des Spektakels* bezeichnete.<sup>53</sup> Im Fernsehen seien die Ereignisse, die hinter dem Bildschirm liegen, nicht mehr erfahrbar. Und diese Referenzlosigkeit der immateriellen Zeichenwelten, Baudrillard nennt sie Simulakra, werde zum prägenden Signum des Sozialen. Das mediale System produziere nur noch Simulakren, es lasse weder das Denken nach Ursprung noch Realität zu, sondern verweise autoreferentiell auf sich selbst. Dadurch ließen die Medien eine »Hyperrealität« entstehen: »Jegliche Realität

50 Wegner 2019, S. 15.

51 Böckelmann, Ebner 2015, S. 6.

52 Anfangs war Baudrillards Werk noch stark von sozialistischen Ansätzen beeinflusst, sein theoretisches Vorhaben galt zunächst einer semiotischen Reinterpretation von Karl Marx' Methode der Kritik der politischen Ökonomie, bevor er sich seinen Überlegungen zur Simulationstheorie zuwandte, laut der sich die Wirklichkeit in der flüchtigen Bilderflut der Massenmedien auflöse – und, so seine umstrittenen Analysen zum Golfkrieg in den 1990er Jahren, auch der Krieg sich als reales Ereignis verflüchtige. Nach dem Ende des Sozialismus wendete er sich verstärkt rechtskonservativen Kritikmustern zu und unterzog *Die Göttliche Linke* (Baudrillard 1986), wie seine Abrechnung mit seiner eigenen politischen Vergangenheit betitelt ist, einer Fundamentalkritik. Einzig der islamistische Terrorismus sei, so Baudrillards Analysen zum 11. September 2001 in *Der Geist des Terrorismus* (Baudrillard 2002), noch ein absolutes Ereignis, das den Nihilismus westlicher Konsumgesellschaften durchbrechen könne. Zur ideengeschichtlichen Biografie Baudrillards vgl. Blask 2013.

53 Debord 1996 [1967]. Auf den französischen Situationismus beruft sich auch die im Jahr 2008 gegründete neurechte »Konservativ-Subversive Aktion«, ganz in Anlehnung an die linksautonomen Aktionsformen der »Subversiven Aktion« der 1960er Jahre (zu der neben Dieter Kunzelmann und Rudi Dutschke auch die prominenten Renegaten Frank Böckelmann, Günter Maschke und Bernd Rabehl gehörten); vgl. Wagner 2017, S. 146 ff.

wird von der Hyperrealität des Codes und der Simulation aufgesogen. Anstelle des alten Realitätsprinzips beherrscht uns von nun an ein Simulationsprinzip.«<sup>54</sup>

Entscheidend ist, dass in der Simulation Codes nicht länger sinnhaft arrangiert sind, sondern in ihrer autopoietischen Selbstbewegung kontingent werden und Sinn nur noch vortäuschen: »Simulation ist jener unwiderstehliche Ablauf, bei dem die Dinge so miteinander verkettet werden, als ob sie einen Sinn hätten, während sie eigentlich nur durch eine künstliche Montage und durch den Unsinn organisiert werden.«<sup>55</sup> Im hyperrealen Raum hänge zwar alles mit allem zusammen, doch ein sinnstiftender Zusammenhang werde in der Simulation absorbiert. Diese Indifferenz der Zeichen begründet für Baudrillard die Epoche der *Posthistoire*: Alles – Eindrücke, Standpunkte oder Affekte – wird austauschbar.

Man sieht sich hier an die postfundamentalistische Kritik konsensualer Regierungsformen erinnert, in der der politische Konflikt durch das unterschiedslose Nebeneinander differenter Überzeugungen abgelöst wird. Wie in der Postpolitik verändert sich für Baudrillard darum auch in der *Posthistoire* der Modus politischer Machtausübung. Macht müsse nicht länger von einer externen Instanz ausgeübt werden, sondern das Schwinden der Differenz durch eine selbstbezügliche Zeichenwelt Sorge selbst für seine beständige Affirmation, da es keinen exterritorialen Standpunkt zulasse. Damit werde das Politische in die Sphäre der Zeichen resorbiert, es spiele letztlich keine Rolle mehr, da seine Funktion an das Simulationsprinzip überantwortet werde. Um ihr Verschwinden unsichtbar zu machen, spielt die politische Macht mit dem scheinbaren Einbruch des Realen, wie Baudrillard in der *Agonie des Realen* ausführt: »Heute [...] bringt die Macht das Reale und die Krise ins Spiel und erzeugt dabei fortwährend künstliche, soziale, ökonomische und politische Einsätze. Die Macht spielt um ihr Leben, aber es ist bereits zu spät.«<sup>56</sup>

Die Annahme Baudrillards, dass das Simulationsprinzip das Soziale neu konfiguriere, wird auch in den Texten der Neuen Rechten aufgerufen. Eine rechte Lesart Baudrillards betrifft die Loslösung der medialen Zeichenketten von ihrem Bedeutungsträger. Für Wegner, der Baudrillard nicht explizit zitiert, ihn aber als Literaturhinweis anführt, ist ein postmodernes Signum der Medienwelt die »nie zuvor gesehene Ausbreitung der Zeichen und Bilder, die auch die neurotopographische Infrastruktur unseres Denkens unmittelbar zu beeinflussen vermag«.<sup>57</sup> Auch hier wird der in der Postmoderne virulent gewordene Verdacht artikuliert, dass neue Medientechnologien keinesfalls nur ein Hintergrundrauschen für passive Konsumenten bereitstellen, sondern Subjekte und deren Vorstellung vom Realen formen. Mit dem Einbruch der Zeichen in die geistige Apparatur würden die medialen Codes und Bilder bis in die Strukturen des Unbewussten eindringen (zur Plausibilisierung führt Wegner eine Studie an, die die Korrelation von

54 Baudrillard 1983, S. 8.

55 Baudrillard 1994, S. 30.

56 Baudrillard 1978, S. 40.

57 Wegner 2019, S. 15.

Schwarz-Weiß-Fernsehen und monochromen Träumen untersucht) und so imaginäre Topografien etablieren, deren räumliche Ordnungsstrukturen von der realen sozialen Landschaft losgelöst seien. Was für uns Zentrum, was Peripherie ist, hängt in dieser Argumentation ab von ihrer medialen Repräsentation.

Eine weitere rechte Lektüre Baudrillards konzentriert sich stärker auf die Absage des Wahrheitsprinzips im Modus der Simulation. Wenn sich die Differenz zwischen der Wirklichkeit und seiner zeichenhaften Repräsentation auflöse, ja einer unsinnigen Indifferenz weiche, lasse sich jede Berichterstattung als phantasmagorische Ausgeburt eines selbstreferentiell gewordenen Mediensystems lesen. In einer Abhandlung zur »Lügenpresse«, die Baudrillard gewidmet ist, bedauert der rechtskonservative Historiker Egon Flaig in der Zeitschrift *Tumult*, dass sich die Printmedien immer mehr den »simulativen Medien« angleichen und »das Phantasma einer rechtsradikalen Bewegung semiotisch befeuern«.<sup>58</sup> Weil es unmöglich ist, eine eindeutig festzustellende Beziehung zwischen frei flottierenden Signifikantenketten und ihrem bezeichnenden Inhalt auszumachen, ist in dieser Argumentation potenziell jedes Ereignis, auch rechtsradikale Aufmärsche, eine mediale Simulation und als solche Imagination. Die Verselbstständigung der Zeichen führe nämlich, so Flaig, zu einer »Umprägung definierter Worte zu Kampfbegriffen«, die in ihrer »Sinnverkehrung« einer politischen Korrektheit in die Hände spiele.<sup>59</sup> Eine Sinnverkehrung ist aber keine Auflösung von Sinn, die Baudrillard mit der Indifferenz der hyperrealen Zeichensysteme betonte; im Gegenteil, sie ist eine semantische Neubesetzung und damit Festschreibung. Und nichts anderes macht Flaig mit dem postmodernen Denken, auch er benutzt Baudrillards Begriffe als leere Zeichen, die mit rechter Bedeutung aufgeladen werden.

## 5. Der rechte Aufstand der Zeichen

Lassen sich nun abschließend Antworten auf die Ausgangsfragen formulieren? Welches Verhältnis besteht zwischen postmodernen Theorietraditionen und rechtem Denken? Hat der Poststrukturalismus, der sich in seinem Ursprung als emanzipatorisches Projekt begriff, mit seiner relativistischen Kritik an der Moderne gar den Weg für rechte Bewegungen geebnet? Jenseits der rechten Demonstration eines geistigen Schulterschlusses mit dem Poststrukturalismus muss man sich eingestehen, dass die Rechte von der postmodernen Neukonfiguration gesellschaftlicher Öffentlichkeit profitiert. Der von Baudrillard proklamierte »Aufstand der Zeichen«<sup>60</sup> formiert sich in Zeiten, wo die Linke in der Defensive ist, von rechts. Die Neue Rechte zitiert Deleuze offensiv mit den Worten: »Weder zur Furcht noch zur Hoffnung besteht Grund, sondern nur dazu, neue Waffen zu suchen.«<sup>61</sup>

58 Flaig 2015, S. 12.

59 Ebd., S. 10.

60 Baudrillard 1978.

61 Wegner 2019, S. 17. Das Original-Zitat stammt aus Deleuze 1993, S. 256.

Mit der Dekonstruktion, dem Sampling oder Merging von Codes adaptiert sie die ursprünglich subversiven postmodernen Kulturtechniken, welche die Kontingenzschließungen politischer Institutionen unterlaufen wollten.

Das rechte Denken wendet die Kritik, die das poststrukturalistische Projekt an die wohlfahrtstaatlichen Ordnungsstrukturen adressierte, nun gegen die liberale Linke und will sie mit den eigenen Waffen schlagen. Die rechte Aneignung ist ein Versuch, der poststrukturalistischen Theorie ihr kritisches Potenzial zu enteignen. Es ist eine Ironie der Ideengeschichte, dass gerade der postmoderne Bruch mit dem Fortschrittsdenken nun als Vehikel genutzt wird, um rechte Ideen in den öffentlichen Diskurs zurück zu implementieren, die vor-soziale Substanzen als Bedingung sozialer Stabilität setzen. Umso wichtiger ist es, hinter der Waffe der Kritik nicht die Kritik der Waffen zu vergessen – jedoch in einem anderen Sinn, als von Marx ursprünglich intendiert. Während Marx noch davon ausging, dass »auch die Theorie [...] zur materiellen Gewalt [wird], sobald sie die Massen ergreift«,<sup>62</sup> ist es in Zeiten, in denen Kritik nicht mehr *per se* mit einer progressiv orientierten Politik verknüpft ist, nötig, den eigenen Standpunkt der Kritik zu hinterfragen.

Für gewöhnlich gehen wir davon aus, dass Kritik von einem minoritären Standpunkt aus formuliert wird. Kritik wird meist mit der Interessenartikulation sozialer Gruppen assoziiert, die auf verschiedene Weise gesellschaftlich deprivilegiert werden, also von sozialen, ethnischen oder geschlechtlichen Minderheiten. In der Kritik äußert sich ein tiefes moralisches Begehren, das man nicht mehr oder zumindest nicht mehr auf diese Art und Weise behandelt, regiert oder unterdrückt werden möchte, wie der Soziologe Luc Boltanski in Anlehnung an Foucaults 1978 gehaltenen Vortrag »Was ist Kritik?« rekonstruiert.<sup>63</sup> Das große Verdienst der postmodernen Theorien ist es, für die Pluralität der Unterdrückungserfahrungen zu sensibilisieren, sie machen die vielgestaltigen subjektiven Leidensformen sichtbar, die sich hinter dem Schleier des sozialen Fortschritts perpetuieren. Kritik ist in diesem Sinn ein theoretisch formulierter politischer Eingriff, der in Reaktion auf eine real erfahrene Unterdrückung, eine Beschneidung des eigenen Seins oder auf eine ungleiche Behandlung entsteht. Die Literaturwissenschaftlerin Rita Felski betont, dass Kritik in ihrer Grundidee ikonoklastisch sei, da sie gegen vorgefundene Autoritäten, politische Gesetze oder soziale Institutionen anstürme.<sup>64</sup> In ihrem oppositionellen Charakter ist Kritik also immer auch transzendent, da sie über die eigene unterlegene Position hinausweist und in ihrem formulierten Anliegen das soziale Machtgefüge hinterfragt.

Würde man nun eine Kritik, die von rechts formuliert wird, mit diesem Begriff bezeichnen? Ist in ihr doch die unaufhebbare Spannung präsent, einerseits den radikalen Umsturz zu fordern, um dadurch andererseits den unvergänglichen Wert des Bestehenden zu realisieren. Während eine von unten formulierte Kritik die Macht- und Herrschaftsverhältnisse modifizieren oder gar aufheben möchte,

62 Marx 1976, S. 385.

63 Vgl. Boltanski 2010, S. 40 ff.

64 Felski 2015, S. 140.



übt die Rechte eine Machtkritik, die letztlich der Aufrechterhaltung von Herrschaft dient. Statt hierarchische Antagonismen zu überwinden, aus denen ungleiche Verteilungs- und Partizipationschancen resultieren, möchte die Neue Rechte Ungleichheit in ein revisionsresistentes Prinzip des Politischen transformieren. Man könnte auch sagen: Sie übt Kritik, um die Kritik abschaffen zu können. Dies unterscheidet sie fundamental von postmodernen oder poststrukturalistischen Denkströmungen, welche das moderne Machtsystem in seinen Fundamenten kritisieren, um es seiner eingeschriebenen Kontingenz vorzuführen.

Jedoch kultiviert insbesondere der akademisch institutionalisierte Poststrukturalismus eine Politik der Negativität, die sich über einen extritorialen Standpunkt definiert. Dieser Standpunkt wird problematisch, wenn er sich gegenüber rechten Diskurseingriffen als ohnmächtig erweist. Die räumliche Imagination, wonach sich eine kritische Positionierung wesentlich in der Differenz von Oben und Unten, Außen und Innen ausbildet, birgt die Gefahr, dass die Zugehörigkeit oder eben Nicht-Zugehörigkeit zu einer kritischen Gemeinschaft einzig über die Geste der Radikalität entschieden wird. So birgt die vorbehaltlose Identifikation mit sozialen Bewegungen ebenso wie die radikale Rhetorik negativer Kritik die Gefahr, den eigenen Standpunkt nicht mehr zu hinterfragen. Eine Kritik, die sich aus Sorge vor der Vereinnahmung wesentlich extritorial verortet, entfremdet sich so von ihren eigenen sozialen Grundlagen.

Die normative Prämisse des Poststrukturalismus, dass eine politische Ordnung stets prekär bleibt, ja das soziale System als solches durch das endlose Spiel variierender Codes und Zeichen letztlich unkontrollierbar ist und auch sein *soll*, transzendiert nicht nur die Unterscheidung von Realität und ihrer zeichenhaften Repräsentation, sondern kultiviert einen Modus der Kritik, der soziale Dynamisierung zum Selbstzweck erhebt.<sup>65</sup> In dieser Haltung erwächst Kritik aus ihrer reinen Negativität, eine positive Fundierung erscheint nicht nur nicht relevant, sondern auch politisch suspekt, da ihr stets der Charakter von Schließung und Stilllegung anhaftet. Wenn jedoch die Unbegründbarkeit von Politik und Gesellschaft, mithin die negative Leerstelle zur impliziten Norm erhoben wird, erscheinen allein schon die Prozeduren des Kritisierens, die Infragestellung politischer Ordnung, als emanzipatorisch. Dass dies nichtintendierte politische Nebenfolgen nach sich ziehen kann, hat die Vereinnahmung poststrukturalistischer Kritik von rechts gezeigt. Statt den politischen Gründungsversuch als solchen aufzugeben, tut es angesichts des veränderten politischen Koordinatensystems wohl Not, die Frage politischer Gründung von links neu zu stellen.

## Literatur

- Baudrillard, Jean 1978. *Agonie des Realen*. Berlin: Merve.  
 Baudrillard, Jean 1983. *Der symbolische Tausch und der Tod*. München: Matthes & Seitz.  
 Baudrillard, Jean 1986. *Die göttliche Linke*. München: Matthes & Seitz.  
 Baudrillard, Jean 1994. *Die Illusion des Endes: oder der Streik der Ereignisse*. Berlin: Merve.  
 Baudrillard, Jean 2002. *Der Geist des Terrorismus*. Wien: Passagen Verlag.

65 Reckwitz 2008, S. 295.

- Bell, Daniel 1975. *Die nachindustrielle Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Blask, Falko 2013. *Jean Baudrillard zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Böckelmann, Frank; Ebner, Horst 2015. »Gibt es wenigstens eine einzige Lebensform?«, in *Tumult. Vierteljahresschrift für Konsensstörung* 3, S. 4–6.
- Boltanski, Luc 2010. *Soziologie und Sozialkritik. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2008*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Butter, Michael 2018. »Nichts ist, wie es scheint«. *Über Verschwörungstheorien*. Berlin: Suhrkamp.
- Debord, Guy 1996 [1967]. *Die Gesellschaft des Spektakels*. Berlin: Edition Tiamat.
- Deleuze, Gilles 1993. »Postskriptum über die Kontrollgesellschaften«, in *Gilles Deleuze: Unterhandlungen 1972–1990*, S. 254–262. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Derrida, Jacques 1988. »Die différance«, in *Randgänge der Philosophie*, hrsg. v. Derrida, Jacques, S. 29–52. Wien: Passagen Verlag.
- Eagleton, Terry 2008. *Literary Theory. An Introduction, with a New Preface*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Felski, Rita 2015. *The Limits of Critique*. Chicago: University of Chicago Press.
- Flaig, Egon 2015. »Meinungsfreiheit unter der ›Lügenpresse‹«, in *Tumult. Vierteljahresschrift für Konsensstörung* 2, S. 8–12.
- Foucault, Michel 1990. »Was ist Aufklärung?«, in *Ethos der Moderne. Foucaults Kritik der Aufklärung*, hrsg. v. Erdmann, Eva; Forst, Rainer; Honneth, Axel, S. 35–54. Frankfurt a. M.: Campus.
- Frank, Manfred 1983. *Was ist Neostukturalismus?* Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Gehlen, Arnold 1969. *Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik*. Frankfurt a. M.: Athenäum.
- Greiffenhagen, Martin 1986. *Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 1990. *Die Moderne – ein unvollendetes Projekt. Philosophisch-politische Aufsätze 1977–1990*. Leipzig: Reclam.
- Kaiser, Benedikt 2019. »Postpolitik. Liberaler Konsens, politischer Tod«, in *Sezession* 92, S. 26–31.
- Koschorke, Albrecht 2018. »Linksruck der Fakten«, in *Zeitschrift für Medien- und Kulturforschung* 9, 2, S. 107–119.
- Lenk, Kurt 1989. *Deutscher Konservatismus*. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Liotard, Jean-François 2012 [1979]. *Das postmoderne Wissen*. Wien: Passagen Verlag.
- Marx, Karl 1976. »Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung (1844)«, in *Werke*, hrsg. v. Marx, Karl; Engels, Friedrich, S. 378–391. Berlin-Ost: Dietz.
- Mouffe, Chantal. Hrsg. 1999. *The Challenge of Carl Schmitt*. London: Verso.
- Mouffe, Chantal 2007. *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal 2015. *Konsens ist das Ende der Politik. Interview geführt von Nils Markwardt*. <https://philomag.de/konsens-ist-das-ende-der-politik/> (Zugriff vom 06.12.2019).
- Mouffe, Chantal 2018. *Für einen linken Populismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas 2008. »Kritische Gesellschaftstheorie heute. Zum Verhältnis von Poststrukturalismus und Kritischer Theorie«, in *Andreas Reckwitz: Unschärfe Grenzen. Perspektiven der Kulturosoziologie*, S. 283–299. Bielefeld: transcript.
- Schmitt, Carl 2018 [1932]. *Der Begriff des Politischen*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Sellner, Martin 2019. *Der Schuldskult ist nicht postmodern*. <https://sezession.de/60552/der-schuldskult-ist-nicht-postmodern> (Zugriff vom 06.12.2019).
- Sommerfeld, Caroline 2017. »Debord, Derrida und die rechte Postmoderne«, in *Sezession* 81, S. 24–27.
- Wagner, Thomas 2017. *Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten*. Berlin: Aufbau Verlag.
- Wegner, Nils 2019. »Postmoderne Rechte«, in *Sezession* 92, S. 14–18.
- Weiß, Volker 2017. *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Welsch, Wolfgang 2008. *Unsere postmoderne Moderne*. Berlin: Akademie Verlag.

- Zima, Peter V. 1997. *Moderne – Postmoderne. Gesellschaft, Philosophie, Literatur*. Tübingen, Basel: Francke.
- Žižek, Slavoj 2001. *Die Tücke des Subjekts*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

**Zusammenfassung:** In den Debatten um den Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen wurde den Theorien der Postmoderne, des Poststrukturalismus und der Dekonstruktion in der Vergangenheit oftmals unterstellt, durch ihren Konstruktivismus und Relativismus den diskursiven Boden für eine rechte Politik geebnet zu haben. Gleichzeitig postulieren einige Vertreter\*innen der Neuen Rechten eine innere Verbundenheit zum theoretischen Projekt der Postmoderne und spielen mit der politischen Grenzüberschreitung zwischen Links und Rechts. Der Beitrag unterzieht die These einer geistigen Koalition zwischen rechtem und postmodernem Denken einer kritischen Revision, indem er die Lesarten der Neuen Rechten mit ihrer postmodernen Referenz konfrontiert. Die Argumentation hat zum Ziel, die narrativen Mechanismen der rechten Aneignung von poststrukturalistischen Theorien zu rekonstruieren, um das Verständnis von kritischer Theoriebildung zu schärfen.

**Stichworte:** Neue Rechte, Moderne, Postmoderne, Liberalismus, Postpolitik, Gesellschaftskritik

## Right Deconstruction. The New Right and their Ambivalent Relationship to Postmodernism

**Summary:** In the debates about the rise of right-wing populist movements, the theories of postmodernism, poststructuralism and deconstruction were often accused of having paved the discursive ground for right-wing politics through their constructivism and relativism. At the same time, some representatives of the New Right postulate an inner connection to the theoretical project of postmodernism and play with the crossing of political boundaries between left and right. The paper critically examines the thesis of an intellectual coalition between right-wing and postmodern thought by confronting the readings of the New Right with their postmodern reference. The aim of the argumentation is to reconstruct the narrative mechanisms of the right-wing appropriation of poststructuralist theories to sharpen the understanding of critical theory.

**Keywords:** New Right, modernity, postmodernism, liberalism, post-politic, criticism of society

### Autorin

Carolin Amlinger  
Universität Basel  
Departement Sprach- und Literaturwissenschaften  
Deutsches Seminar  
Nadelberg 4  
4051 Basel  
Schweiz  
carolin.amlinger@unibas.ch